

Bürgerinitiative Sünteltal hat auf die Entscheidung keinen Einfluss gehabt

Zur Kritik am Vorgehen der Forstgenossenschaft in der Frage einer Asche-Deponie in Steinbruch Hamelspringe:

Liebe Einwohner im Sünteltal, da ich weder Forstgenosse bin, noch der Bürgerinitiative angehöre aber trotzdem die gesamte Thematik von Anfang an intensiv begleitet habe, möchte ich hier einmal meine persönliche Meinung zu den Ereignissen mitteilen. Im Frühjahr 2011 bekam der Vorstand der Forstgenossenschaft eine Anfrage der GFR bezüglich der Verfüllung des Steinbruchs Hamelspringe mit Aschen aus Filteranlagen von Kraftwerken. Nach eingehender Beratung im Vorstand wurde auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Vorstand beauftragt, weiter mit GFR zu verhandeln und weitere Informationen einzu-

holen. Im Spätsommer 2011 gab es eine Informationsfahrt für die Forstgenossen nach Lüthorst. Hier läuft schon eine Ascheeinlagerung der GFR. Dieses wurde von den Forstgenossen überwiegend positiv gesehen. Daraufhin hat sich der Vorstand fachlichen Rat durch einen Anwalt und zwei Ingenieurbüros geholt, um sich und die Mitglieder vor ihrer Entscheidung zu einer eventuellen Vertragsunterzeichnung mit der GFR umfassend informieren zu können. Hierzu ist ein gewisser Zeitrahmen erforderlich. Da nicht alle Zweifel – besonders in puncto Trinkwasser – ausgeräumt werden konnten, wurde einvernehmlich mit der GFR von dem Projekt Abstand genommen.

Nun meine Fragen an alle vermeintlichen Gegner des Projektes: 1. Wozu ist ein Vorstand da, wenn nicht für das

beschriebene beziehungsweise zur Vorbereitung von Mitgliederentscheidungen?

2. Was hat der Vorstand falsch gemacht? Weshalb diese Hetzjagden, nächtlichen Anrufe und so weiter?

3. Glaubt irgendjemand, ein Vorstandsmitglied oder ein Forstgenosse würden die gesamte Forst und ihren Privatbesitz (Forstgenossen haften auch mit ihrem Privatvermögen, wenn es erforderlich wird) aufs Spiel setzen, nur um im Jahr eventuell 500 oder 1000 Euro zu bekommen?

4. Leben nicht auch 65 Forstgenossen mit ihren Familien, Nachbarn und Verwandten im Sünteltal und müssten dann, wie behauptet, auch das von ihnen selbst eventuell vergiftete Wasser trinken? Für wie dumm hält man eigentlich die Forstgenossen?

5. Wenn es die Forstgenos-

senschaft gewollt hätte und so leichtfertig, wie von allen beschrieben, mit der Materie umgegangen wäre, hätte der Vertrag über die Einlagerung mit der GFR schon im Oktober 2011 unterzeichnet werden können. Zu der Zeit hat noch niemand etwas von der Einlagerung geahnt. Da aber die Forstgenossen auch in den vergangenen Hunderten von Jahren ihren Wald ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet haben, wurde sich auch zu diesem Thema sehr viele Gedanken gemacht und die Angelegenheit letztendlich nun zu den Akten gelegt, um ihren Wald und die Umwelt auch nicht mit dem kleinsten Restrisiko zu gefährden. Ohne diese langfristige und nachhaltige Laubholzwirtschaft wäre die Wasserqualität hier im Sünteltal weitaus schlechter.

6. In diesem Zusammenhang

sollte der Wasserverband sich einmal Gedanken machen, wo sein Wasser überhaupt herkommt und wer für die gute Qualität verantwortlich ist.

Letztendlich ist es schon beschämend, dass gegen Mitbewohner derartige Hetzjagden veranstaltet werden, sachliche Vorträge abgebrochen werden müssen, um hinterher zu behaupten, man wäre nicht informiert worden. Alle, die sich hierbei besonders hervorgetan haben, ob durch Unterschriften oder anderweitig, werden bei der Vergabe von knappen Forstprodukten von den Forstgenossen in Zukunft bestimmt besonders bedacht.

Die Bürgerinitiative Sünteltal hat auf die jetzige Entscheidung keinen Einfluss gehabt. Ich werde mich in Zukunft auch mit meiner ganzen Kraft dafür einsetzen, dass dieses in Zukunft bei allen Entscheidun-

gen, ob im Vorstand oder in der Mitgliederversammlung der Forstgenossenschaft, so bleibt. Ich denke, dass die Forstgenossen ihr Eigentum am besten selbst verwalten können. Wenn sie dieses nicht über Hunderte von Jahren gekonnt hätten, würde es diese ökologisch sehr wertvollen Wälder hier gar nicht geben.

Grundsätzlich bleibt aber die Frage, besonders an die Politik, wie ein Wirtschaftsstandort in Zukunft funktionieren soll, wenn alle nur die Annehmlichkeiten (billige Energie ohne Risiken, saubere Luft, Bahnverbindungen, Autobahnen) haben wollen, aber niemand auch nur irgendeine Belastung tragen will. Alles auf Nachbarn und andere verteilen zu wollen, ist sicherlich nicht so einfach und auch nicht fair.

**Horst Ebeling
Lauenau**